2. Für soziale Gerechtigkeit und Teilhabe

In Cuxhaven und anderswo kann ein Miteinander nur gelingen, wenn Teilhabe aller gesichert wird, soziale Gerechtigkeit der Maßstab ist und die Vielfältigkeit der Menschen akzeptiert wird. Für uns sind alle Initiativen und Maßnahmen unterstützenswert, die Demokratie, soziale Gerechtigkeit & Teilhabe und das diskriminierungsfreie Miteinander zum Ziel haben. Für uns gehören soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz zusammen. Die Sicherstellung der Daseinsvorsorge ist das Ziel.

Wir werden

... beim Bauen und Wohnen

die unterschiedlichen Bedürfnisse der Teile der Gesellschaft wahrnehmen und somit Antworten fürs Miteinanderwohnen und –leben suchen & finden sowie kostengünstigen Wohnraum schaffen.

… **beim Miteinander in unserer Stadt**

die Teilhabe aller ermöglichen und fördern – unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, arm/reich, Bildungsstand.

… die Mitgestaltung und Mitwirkung durch Bürger*innen

weiter fördern und unterstützen. Planungs- und Entscheidungsprozesse sollen öffentlich und transparent sein.

…in Schulen, Kitas und Krippen

die Qualität der Krippen- und Kitaplätze steigern und eine Integrierte Gesamtschule in Cuxhaven einrichten. Alle Schulen sind entsprechend ihres (Raum)Bedarfs und mit digitalen Medien auszustatten. Bildungsgerechtigkeit und Inklusion sind unsere Maßstäbe.

… bei kulturellen und Bildungsangeboten

die kulturelle Vielfalt unterstützen. Kulturelle Angebote, Stadtbücherei, Stadtarchiv, VHS fördern, sich der Stadtgeschichte widmen.

… bei Flucht und Asyl

weiter die Ziele der Initiative „Seebrücke“ verfolgen sowie die hier ansässigen Geflüchteten unterstützen.

… bei der Gesundheitsversorgung

die öffentliche Gesundheitsversorgung fördern.

… die soziale Verantwortung in städtischen Gesellschaften

zum Wohle der Bürger*innen in den Vordergrund stellen. Re-Kommunalisierungen sind das Ziel. Das Gemeinwohl fördern.

Das ist uns besonders wichtig

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass in Cuxhaven eine **Integrierte Gesamtschule** eingerichtet wird – der Landkreis Cuxhaven darf nicht länger „weißer Fleck“ ohne IGS bleiben. In Kita und Schule wollen wir die **Inklusion** mit sachgerechten Voraussetzungen voranbringen.

Wir wollen dazu beitragen, dass sich **neue Wohnformen** entwickeln können – vielfältige Gesellschaft, demografischer Wandel und die Bedürfnisse junger Menschen & Familien erfordern neue, gemeinschaftliche Wohnformen: Zusammenwohnen von Jung & Alt, Singles & Familien, Bürger*innen unterschiedlicher Herkunft, kombiniert mit Handel, Kultur, Kleingewerbetrieben.

Unser Ziel ist, **bezahlbaren Wohnraum** zu erhalten und neuen zu schaffen. Die Stadt Cuxhaven muss über eigene Aktivitäten und über ihre Siedlungsgesellschaft auf dem Wohnungsmarkt aktiver werden.

Um das Ziel der **Teilhabe** zu ermöglichen, sollen sich Stadtverwaltung und politische Gremien als Koordinator*innen bei der oft ehrenamtlich erbrachten Arbeit begreifen, um frühzeitig Erfordernisse, Bedarfe und Herausforderungen aufzugreifen. Verschiedene Beteiligungsformate für Bürger*innen sollen erprobt und bei Erfolg verstetigt werden.

Um die selbstbestimmte Teilhabe aller an der Digitalisierung zu ermöglichen, wollen wir **öffentliche digitale Lernorte** einrichten.

Die öffentliche Gesundheitsfürsorge ist uns wichtig, deswegen wollen wir **stadtteilnahe Gesundheitszentren** in der Gründungsphase durch die Stadt fördern. In den Zentren werden ärztliche Versorgung, Beratung, Sozialdiensten, Treffpunkte usw. gebündelt.

Wir sind konkret, wir benennen zu den genannten Punkten einzelne Schritte, und zwar:

... beim Bauen und Wohnen

Gesellschaftliche Veränderungen und die Klimakrise bringen das Bedürfnis nach neuen Wohnformen hervor, wie z. B. die Stadt der kurzen Wege und das Zusammenführen verschiedener Generationen. Das greifen wir auf und sehen auch große Chancen im Altbaubestand Cuxhavens. Günstige Mieten sind durch städtische Siedlungsgesellschaft und Sozialbindungen zu ermöglichen.

- demografischen Wandel in Cuxhaven als Chance sehen, indem neue Wohnformen unterstützt werden, wie z.B. Mehrgenerationen-Häuser, betreutes Wohnen, Senioren-Wohnen, Möglichkeiten für Jugendwohnen schaffen, barrierefreies Wohnen, vielfältige Wohnformen (auch in der Größe) ermöglichen, die auf die jeweiligen Bedürfnisse abgestimmt sind und mehr Lebensqualität ermöglichen
- mehr preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung stellen, sozialen Wohnungsbau voranbringen
- dafür: Nutzung der Altbestände durch Renovierungen und Unterstützung dieses Weges insbesondere durch Genossenschaften, auch durch die stadteigene Siedlungsgesellschaft
- Die Siedlung als städtische Gesellschaft erhalten und stärken sowie Möglichkeiten der Bürger*innen-Beteiligung – auch durch Bürger*innengeld - prüfen
- Innenstadt-Angebot für Lebensmittel-Einkauf erhalten oder neue schaffen; ebenso Angebote in allen Ortsteilen erhalten oder verbessern
- städtische Eingriffsmöglichkeiten bei Nachnutzung der Immobilie „real“ entwickeln
- bei (Neubau)Siedlungen einen Mindestanteil von 20% Wohnungen mit Sozialbindung festlegen, außerdem preisreduzierten Wohnraum schaffen, für eine Durchmischung unterschiedlicher Angebote (und damit auch Bewohner*innen) sorgen

… **beim Miteinander in unserer Stadt**

Die Teilhabe soll ermöglicht werden – dazu muss bei politischen Entscheidungen die Unterschiedlichkeit gesehen und mitgedacht werden, Bedürfnisse und Förderungen verschieden. In Cuxhaven sind viele Initiativen zumeist ehrenamtlich aktiv – hier hat die Stadt eine unterstützende, koordinierende Aufgabe.

- durch die Gestaltung der Stadt das Miteinander ermöglichen: öffentliche Plätze als Begegnungsstätten begreifen und gestalten; Begegnungszentren in jedem Stadtteil (nicht nur Süderwisch und Lehfeld) schaffen
- die Stadtverwaltung und die politischen Gremien als Koordinatorin der vielen bürger*innenschaftlich Engagierten sehen, somit die vielen Initiativen und Engagierten in Cuxhaven unterstützen, anerkennen und wertschätzen; Fehlendes und nicht-abgedeckte Bedarfe erkennen und Abhilfe schaffen
- die beschlossene Ehrenamtskarte einführen
- Willkommens-Kultur, Neubürger Kurse, Cuxhaven blüht auf, Schularbeiten-Hilfe, Bürger*innenstammtische, Treffs in Cafés usw. … erhalten und stärken und im Bedarfsfall neu gründen mit der Unterstützung durch die Stadtverwaltung in der Gründungsphase
- weiterhin Ortsräte in Altenbruch, Altenwalde, Sahlenburg und Lüdingworth erhalten, in den anderen Stadtteilen, Stadtteilinitiativen erhalten und stärken, in der Gründung begleiten
- verschiedenen Formen der Bürger*innenbeteiligung (Stadtteilkonferenzen, Bürger*innengeld, Ideenwettbewerbe, Stadtgeschichte ….) erproben, aufbauen und bei Erfolg anpassen und verstetigen
- Mehrgenerationenhaus der Stadt (Haus der Jugend) erhalten
- Begrenzung der Kommerzialisierung von Jugendangeboten, deswegen vielfältige öffentliche Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene erhalten und stärken
- die UN-Behindertenrechtskonvention und das Teilhabegesetz jederzeit beachten, den öffentlichen Raum dementsprechend gestalten, überall Barrierefreiheit sichern, Einbeziehung und Unterstützung entsprechender Einrichtungen (z. B. Lebenshilfe)
- bei der Digitalisierung die technische Infrastruktur ausbauen und öffentlich zugänglichen digitale Lernort schaffen, um allen den technischen und Wissens-Zugang zu ermöglichen
- sich für einen finanziellen Ausgleich für arme Bürger*innen bei Bund und Land einsetzen, wenn z. B. die Strompreise steigen sollten; die Möglichkeiten verbilligter Angebote im Öffentlichen Nahverkehr etc. für arme Bürger*innen prüfen, z. B. CuxCard
- Vereinswesen als Orte des sozialen Miteinanders ansehen, in dem Zusammenhang Sportvereine unterstützen und Sportangebote in ausreichendem Maß ermöglichen
- Steuergelder für die Stadt einwerben im Rahmen des Programms „Würde der Städte“, angemessene Ausstattung
- Gleichstellung sicherstellen, Gleichstellungsbeauftrage in der Stadtverwaltung stärken
- Sozialraumkonferenzen in allen Stadtteilen durchführen, um eine kontinuierliche Beachtung der unterschiedlichen Gruppen (Alter, Herkunft, Geschlecht, arm/reich…) zu gewährleisten
- (Langzeit)Arbeitslosigkeit eindämmen, Stadtverwaltung stellt Langzeitarbeitslose durch Inanspruchnahme von Beschäftigungsprogrammen ein
- Jugendberufsagentur als umfassendes Angebot für Jugendliche stärken

… bei der Mitgestaltung und Mitwirkung durch Bürger*innen

Die Einbeziehung der Bürger*innen Cuxhavens in Planungs- und Entscheidungsprozesse führt zu vielfältigen, durchdachten und guten Ergebnissen, wenn sie öffentlich und transparent sind.

- anstreben, dass alle Teile der Bevölkerung (Alter, Herkunft, Geschlecht, arm/reich…) gemäß ihres Anteils in der Bevölkerung in den Gremien vertreten sind und bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden

- die Entscheidungsfindung in den städtischen Gremien transparent gestalten, Beschränkung des Verwaltungsausschusses (siehe auch Teil4)
- weiter den Weg der Bürger*innenbeteiligung bei Planungen gehen, unterschiedliche Interessen zu Wort kommen lassen, konsensfähige Lösungen finden (z. B. Klimakonzept, Verkehrskonzept, Entwicklungskonzepte für Stadtteile)
- Genossenschaftsbildung durch die Stadtverwaltung unterstützen, um gemeinwohlorientierte Projekte mit Bürger*innengeld zu ermöglichen (der Bürgerbahnhof ist ein tolles Beispiel)
- insbesondere Bürgerwindenergie, Mieter*innenstrom, Solarstromprojekte unterstützen
- neue Beteiligungsformate etablieren, repräsentative Beteiligung a l l e r Bevölkerungsgruppen

…in Schulen, Kitas und Krippen

Familien zu unterstützen, Kindern unabhängig von ihrer Herkunft (Bildungs)Möglichkeiten zu geben – das ist das Ziel. Dies sollten wir auch als Standortfaktor sehen: ausreichend Krippen- und Kitaplätze und ein breites Schulangebot lassen Familien hier bleiben und neue herziehen.

- den Bedarf an Kita- und Krippenplätzen zeitnah erfassen und gegebenenfalls kurzfristig nachsteuern (Quantität)
- die Kriterien zur Kitaplatzvergabe offen lagen, für die antragstellenden Eltern transparent machen und erklären
- auf die Qualität bei Krippen- und Kitaplätze achten, das neue Landesgesetz nach Qualitätskriterien beurteilen
- Angebot einer städtisch betriebenen Kita-Einrichtung prüfen, ebenso die Möglichkeiten, Vor-und Nachteile von Betriebskitas und –krippen(z. B. auch bei der Stadtverwaltung) prüfen
- Vergabe von Kita-Trägerschaften nur an Träger mit Tarifvertrag
- Inklusion in Kitas und Schulen ermöglichen, wobei die Voraussetzungen (baulich, Betreuungsschlüssel, vielfältige Unterstützungsangebote, qualitative Maßstäbe) jederzeit gesichert sein müssen
- als weiteres Schulangebot eine Integrierte Gesamtschule in Cuxhaven zusammen mit dem Landkreis (Schulträger) einrichten: Zusammen unterrichten statt Aussieben nach der 4. Klasse.
- Ganztagsschulen, Betreuung nach der Schule (gerade für Grundschulkinder) sicherstellen
- ausreichende Plätze bei der Ferienbetreuung anbieten, z. B. Kibiflex ausbauen
- Schulwegsituation verbessern: Vermeidung der Elterntaxis, mehr Sicherheit vor den Schulen für Kinder/Jugendliche
- die Möglichkeiten für weitere weiterführende Schulen (z.B. Fachschulen, Hochschul-Außenstellen) prüfen
- den Landkreis sowie die Landesregierung und –verwaltung in die Pflicht nehmen, die Schulen bei der Digitalisierung zu unterstützen
- Folgen der Corona bedingten (Home)Beschulung im Blick haben und die Schulen unterstützen; besondere Anstrengungen erfordern die durch Corona entstandenen Lerndefizite bei Kindern und Jugendlichen
- Lernunterstützung und Förderung von Schüler*innen erhalten und ausbauen, hier insbesondere Angebote für Schüler*innen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete beachten: Deutsch als Fremdsprache, Sprachlernklassen, offene Angebote

… bei kulturellen und Bildungsangeboten

Kultur ist Miteinander – diese ist uns allen nicht zuletzt in der Corona-Zeit bewusst geworden. Kulturelle Vielfalt, die allen offen steht, erweitert unser Denken und unser Leben.

- die Stadt (Verwaltung und Gremien) soll ihre Rolle als Koordinatorin, Förderin und Unterstützerin freier Kulturangebote wahrnehmen. Hier gilt der Vorbehalt der Demokratieförderung, sozialen Gerechtigkeit und des friedlichen Miteinanders
- bei den kulturellen Angebote die Bedürfnisse von Jungen und Alten aus Cuxhaven und umzu im Blick haben, insbesondere jugendgerechte Angebote fördern
- für einen barrierefreien Zugang zu den Kulturangeboten
- Gesamtkonzept zur Nutzung vorhandener Räume (Stadttheater, Kugelbakehalle usw.) erstellen
- weitere Förderung der freien Kulturszene durch Budgets; zu dem Kulturfonds „Musik“ weitere Fonds schaffen, z. B. für „Darstellende Kunst“
- der VHS der Stadt Cuxhaven ermöglichen, vielfältige Angebote zu machen und deren Zusammenarbeit mit anderen Erwachsenenbildungsträgern im Landkreis fördern; die personelle Ausstattung der VHS erhalten und eventuell erhöhen
- Stadtbücherei und Stadtarchiv weiterhin fördern, die räumliche Situation prüfen und bei Bedarf ausweiten
- Aufarbeitung der Stadtgeschichte fördern, auch unter Einbeziehung des ehrenamtlichen Sachverstandes, Entwicklung eines Konzepts für ein Stadtmuseum/eine Ausstellung

… bei der Aufnahme von Geflüchteten

Wir sehen das weltweite Flüchtlingselend und wollen nicht die Augen verschließen. Die Stadt soll offen sein für die weitere Aufnahme von Geflüchteten und ein angemessenes Unterstützungsangebot bereithalten.

- in Cuxhaven haben Stadt und Landkreis ihre Unterstützung der Initiative „Seebrücke“ erklärt, immer wieder ist gegenüber Bund und Land die Aufnahmebereitschaft zu erklären.
- für hier wohnende Geflüchtete weitere Angebote zur Unterstützung beim Lernen und Leben schaffen
- gezielte Unterstützung von Auszubildenden und Berufseinsteiger*innen, fachbezogenes Sprachlernen, Netzwerke mit Unternehmen
- gegenseitige Hilfen fördern, Integrationslotsen, Flüchtlingsinitiativen fachorientiert einbeziehen
- Menschen mit Fluchthintergrund als willkommenen Teil einer diversen Gesellschaft wahrnehmen

… bei der Gesundheitsversorgung

Wir sehen – nicht nur in Corona-Zeiten – ein gute, für alle zugängliche Gesundheitsversorgung ist notwendig. Neue Formen wie Gesundheitszentren sind zu entwickeln und die „Gesundheit“ ist wieder als öffentliches Gut zu begreifen.

- beim Krankenhaus (zurzeit in privater Trägerschaft) die Gesamtsituation verbessern, prüfen, unter welchen Voraussetzungen, kurz-, mittel- oder langfristig eine Rückkehr zur öffentlichen Hand möglich ist (Re-Kommunalisierung)
- stadtteilnahe Gesundheitszentren (Bündelung von ärztlicher Versorgung, Beratung, Sozialdiensten, Treffpunkten etc.) schaffen, in der Gründung durch Stadt fördern
- die öffentliche Gesundheitsversorgung insgesamt verbessern – hier bietet sich die Schaffung von Gesundheitszentren in öffentlicher Trägerschaft an

- Sportangebote und –vereine fördern, auf attraktive Angebote - insbesondere für junge Menschen - hinwirken, armen Menschen die Beteiligung durch finanzielle Förderungen ermöglichen
- Arbeitskräftemangel bei Pflegediensten thematisieren und öffentlich entgegentreten, Zusammenarbeit der Pflegedienste fördern, attraktive Arbeitsbedingungen thematisieren und Bestrebungen in dieser Hinsicht unterstützen
- Ausbildungsmöglichkeiten von Pflegekräften vor Ort forcieren
- die Verbindung von Gesundheit – Tourismus und Reha-Einrichtungen bei Planungen berücksichtigen und durch Netzwerke fördern

… bei der sozialen Verantwortung in städtischen Gesellschaften

Städtische Gesellschaften sollen bei Klimaneutralität, Sozialverträglichkeit und Gemeinwohlorientierung vorangehen. Re-Kommunalisierungen sind zu prüfen (siehe auch Teil 4)

- die Stadtsparkasse vom Weg des Abbaus von Leistungen abbringen, stattdessen Angebote für Bürger*innen erhalten und ausbauen
- bei der Sparkasse darauf hinwirken, dass unethische und umweltschädliche Finanzierungen ausgeschlossen werden, gemeinwohlorientierte Positivkriterien entwickeln
- die Siedlungsgesellschaft bei der Entwicklung neuer Wohnformen fordern und Aktivitäten im Sozialen Wohnungsbau beschleunigen, Mobilisierung von Bürger*innengeld prüfen, um das verfügbare Kapital zu erhöhen
- Trinkwasser, Gesundheit und andere Gemeinwohlgüter sind kein „Wirtschaftsgut“ für Hedgefonds. Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentlichen Hand, Prüfung durch die Stadt, welche Bereiche der Daseinsvorsorge (z. B. Wasser, Krankenhaus, Abfall, Abwasser, etc.) kurzfristig, mittelfristig und langfristig rekommunalisiert werden können.